



Landesverband Berlin

Partei Mensch Umwelt Tierschutz · Wrangelstr. 107 · 10997 Berlin

Partei Mensch Umwelt Tierschutz · LV Berlin
c/o Uwe Gorski

Wrangelstr. 107
D-10997 Berlin

Telefon: +49 (30) 77008910
Telefax: +49 (30) 54496926
E-Mail: vorstand@tierschutzpartei-berlin.de

Internet: www.tierschutzpartei-berlin.de

Alle Mitglieder der Landesvorstände
und des Bundesvorstand sowie
alle Mitglieder, die dieses Schreiben ohne
Zensur lesen dürfen

Mittwoch, 13. November 2013

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der 32. BPT wirft seinen dunklen Schatten voraus. Durch ein durchsichtig provoziertes Intrigenspiel ist es Herrn Eck samt seiner Truppe gerade noch rechtzeitig gelungen, ein kritisches Mitglied aus dem BuVo zu pöbeln, den noch unabhängigen Landesvorstand Nordrhein-Westfalen zur Aufgabe aller Ämter zu bringen und somit einen weiteren Landesverband zur Verwirklichung des Traums von einer gleich geschalteten Partei zu übernehmen. Kommissarische Leitung nennt sich das, bis sich ein neuer, genehmer Landesvorstand finden und wählen lässt. Mit Herrn Eck als Versammlungs- und Wahlleiter. Wie gehabt.

Diesmal fällt es mir schwer, einen Anfang zu finden. Zu lang ist die Liste unfassbarer Entwicklungen, für die es keine Entschuldigungen mehr gibt in einer in 20 Jahren nicht gereiften Partei. Fangen wir bei der Bundestagswahl an. Nachdem Berlin 2009 mit 1,4 % das beste Bundestags-Wahlergebnis aller Länder eingefahren hatte, vereitelte die Parteispitze dem mit Sachsen und Sachsen-Anhalt erfolgreichsten Landesverband die Teilnahme an der Wahl. Der Bundesvorstand hinderte auch über das Urteil des Landgerichts Berlin hinaus den Landesvorstand Berlin daran, an der Wahl teilzunehmen. Der unter der üblichen Ignoranz an der Satzung vorbei phantasierte so genannte Gebietsbeauftragte für den LV Berlin, Artur Kalka, tat nichts und bekam dafür eine 'Aufwandsentschädigung', die er - angeblich - zurück spendete. Kein Amt, keine Mitgliedsrechte, kein Wahlkampf, kein Ergebnis. Apropos: Nichts mehr tun als 'Chefredakteur' der ZeitenWENDE lässt sich Stefan Bernhard Eck auch weiterhin voll vergüten, noch null Ausgaben 2013 bei vollen Bezügen. Glückwunsch. Weiter so. Ach ja, dafür 75,00 € mehr pro Monat fordern zu lassen in einer absurden Persiflage auf den Berliner Antrag zum irregulär zustande genommenen Gehalt Eck mit der Begründung, den 'Mehraufwand, vor allem durch die Angriffe des LV Berlin' ausgleichen zu müssen, ist schamlos.

Wer ersetzt denn den ohne Ausnahme ehrenamtlich arbeitenden Mitgliedern des LaVo Berlin den Schaden, der mit völlig aus der Luft gegriffenen Vorwürfen und den daraus resultierenden Amtsenthebungen, Hausverboten und Parteiausschlussverfahren

entstand? Wer stellt denn unseren Ruf wieder her? Oder den aller aus der Partei geklagten, gemobbten und geekelten Mitglieder? Jede mir bekannte Kritik, jedes Aufbegehren, jede Initiative derer, die heute nicht mehr in der Partei sind – und es sind viele – war und ist berechtigt. Mehr als hohle Worthülsen des Abbügelns wurden nie erwidert. Kein Vorwurf jemals entkräftet. Nicht einmal substantiell beantwortet. Die Begründung für Mehraufwand durch nicht geleistete Arbeit und provozierten Kampf ist zynisch, heuchlerisch und verlogen. Pfui Teufel.

Alle 'Ergänzungsanträge' (wie diese Nebelkerzen heißen) entstammen – Welch Wunder – den Landesverbänden, deren Vorstände im BuVo nicht Teil einer Lösung, sondern des Problems sind.

Aber selbst die durch eine Teilnahme Berlins an der Bundestagswahl zu erwartenden finanziellen Mittel aus Wahlkampf-Kostenerstattungen des Bundes wogen zu gering, um den kleinkarierten und die Partei schädigenden privaten Rachefeldzug des S.B.Eck gegen Mitglieder des Berliner Landesvorstands zu Gunsten der Außenwirkung wenigstens zu unterbrechen. Lediglich in fünf Bundesländern konnte die TSP überhaupt gewählt werden. Gefeierte 0,3 %, ein inakzeptables Ergebnis unterhalb der Wahlkampfkosten-Erstattung. Herzlichen Glückwunsch, Herr Eck. Ach nein, herzlichen Glückwunsch, BuVo. Es sind ja seit Neuestem alle Mitglieder des BuVo, die gemeinsam den Beschlüssen Stefan Bernhard Ecks Folge leisten. Für den entstandenen Schaden für die Partei werden sich früher oder später also alle Mitglieder des Bundesvorstands verantworten müssen. Das hat der ganz anders gemeinte 'Ergänzungsantrag' des aus dem BuVo gesteuerten LV Bayern richtig erkannt, als er den Berliner Misstrauens-Antrag auf den gesamten BuVo erweiterte. Wir unterstützen diesen Antrag voll und ganz im Bezug auf all die Mitglieder des BuVo, die rechtswidrige Handlungen und Entscheidungen gestützt haben. Dann haben auch die Mitglieder des BuVo aus dem Bayerischen LaVo endlich wieder Zeit, sich um ihren Landesverband zu kümmern. Ob das so gemeint war? Ist aber auch zu dumm: Da lanciert man schon mal einen Antrag...

Wer da denkt, dass irgendjemand im Bundesvorstand bereit war und ist, die Verantwortung für das in der Summe desaströse Abschneiden der Partei bei der Bundestagswahl zu übernehmen, täuscht sich. Von insgesamt gutem Abschneiden wurde da gefaselt und von einem 'Aufwärtstrend'. So weit, so peinlich. Aber widerwärtig war, auf Facebook und auf der Titelseite der Bundeshomepage lesen zu müssen, dass der Vorsitzende des LV Sachsen-Anhalt, Josef Fassl; sowie Nancy Streit lediglich 0,4 % Stimmenanteil erreicht hätten. Sie mussten sich mit dem hintersten Platz der 'Hitliste' der Wahlergebnisse begnügen. Was für eine die Partei in der Öffentlichkeit schädigende Entgleisung!

Wahr ist, dass das Bundesland Sachsen-Anhalt nicht antreten konnte, weil sie keinen Zugriff auf das Landeskonto hatten, da diese leer wäre. Also konnte das bis dahin sehr erfolgreiche Bundesland nicht teilnehmen und wurde lediglich von Josef Fassl (1,8 %) und Nancy Streit (1,6 % jeweils in ihren Stimmbezirken) als Direktkandidaten vertreten. Josef Fassl Platz erreichte in Magdeburg Position vier im Ranking der Wahlergebnisse und unangefochten die Spitzenposition aller Wahlergebnisse innerhalb

der Tierschutzpartei. Unangefochten. Aus eigener Tasche finanziert und mit eigener Kraft ohne jede Unterstützung einer Partei erreicht, deren Spitze sich lieber damit vergnügt, eine Hexenjagd auf Kritiker zu veranstalten. Eine Teilnahme des LV Saarland des Bundesvorsitzenden Eck bei irgendeiner Wahl sucht man vergeblich. Eine Homepage übrigens auch.

Während es innerhalb der Partei Mensch Umwelt Tierschutz nicht einmal eine Abteilung Öffentlichkeitsarbeit gibt und sich das Medienecho – die Reaktion auf die Ausfälle des Thüringer Landesvorsitzenden Harald von Fehrs mal ausgenommen – im Bereich zwischen nichts bis kaum bewegt, ist Josef Fassel in schöner Regelmäßigkeit in der Magdeburger Presse zu bewundern – mit positiver Wirkung für die Tierschutzpartei. Für die Partei, die ihn mit Schmähung, Verleumdung und Nichtachtung seiner Leistungen belohnt. Für eine Partei, deren Bundesvorstand allen Ernstes versuchte, ein gewähltes Mitglied des erweiterten Präsidiums (alt) zum Rücktritt zu nötigen, weil dieses Mitglied zu besagtem Josef Fassel Kontakt hielt und das Spitzelsystem des Vorsitzenden gefährliche Treffen in Berlin meldete. Oder für das kollektive Vorführen einer Beisitzerin, weil deren Landesverband nicht Eck als Wahlvorschlag präsentierte und anschließend unter Druck setzte, ihren LaVo dazu zu bewegen, einen Antrag zur Satzung zu stellen, was sie nicht tat. Sie durchschaute die kläglichen Possen und trat desillusioniert zurück. Schämen sie sich, meine Damen und Herren. Auch für die grandiose Idee des BuVo-Beisitzers Oeser, im LV NRW Stimmen für einen Sonderparteitag unter dessen Mitglieder zu sammeln, um den Landesvorsitzenden Detlev Döbele abwählen zu lassen aus dem Landesvorstand, dem Oeser selbst angehörte – was zum Glück kläglich scheiterte. Das allerdings hinderte Herrn Oeser nicht daran, nun seinerseits den LaVo NRW zu verlassen und dreist auch noch von diesem Vorstand eine öffentliche Entschuldigung (für sein illoyales Verhalten etwa?) zu verlangen. Bravo, Herr Oeser, für höhere Weihen qualifiziert!

Als wäre das nicht genug, musste Herr Eck einen gewissen Reinhold Kassen in den LV NRW pressen, der davon (aus guten Gründen) wenig erbaut war. Noch nicht einmal Mitglied, äußerte sich Kassen gewohnt robust etwa so: „Demokratie ist nicht so mein Ding. Ich bevorzuge klare Strukturen!“ Er erklärte der verdutzten Andrea Müller-Epp noch, dass er sich nicht für den Landesvorstand NRW interessiere, sondern aus dem BuVo heraus zwischen diesem und dem LV NRW vermitteln wolle. Da wurde (mal wieder) ein Posten versprochen, kein Problem, 70 Neumitglieder stehen Spalier. Rechtzeitig. Eingekauft? Die Beweislast, dass nur nach der aktiven Satzung berechnete Mitglieder an Abstimmungen teilnehmen dürfen, liegt im Übrigen im Falle einer Anfechtung ausschließlich beim BuVo, kleiner Hinweis!

Das der Gründer und Vorsitzender von gleich drei 'Tierschutzvereinen' Reinhold Kassen, kein unbeschriebenes Blatt ist, wird bei etwas Recherche schnell deutlich und hat – natürlich – mit Spenden zu tun. Aber nicht etwa nach dem Motto: Je mehr Vereine, desto mehr Tierschutz. Es ging um unerlaubte Spendenwerbung durch Ab-Vertrieb mittels Call-Center, eine rechtskräftige Verurteilung gab es auch. Quelle (extra Anhang):

<http://www.kanzlei-richter.com/spendensammler/lg-berlin-vorsatzdeliktshaftung-des-animal-peace-tierhof-e-v-vorstand-reinhold-kassen-wegen-belaestigender-telefonwerbung.html>

Eine übliche 'Tierschutzkarriere' innerhalb einer Szene, die von Zusammenarbeit zu Gunsten unserer Mitgeschöpfe so weit entfernt ist wie Deutschland von einer veganen Gesellschaft. Zumindest die Herren Kassen und Eck verstehen sich prächtig. Noch. Bis es um Macht geht. Ob das aber dem Ansehen (?) der Partei in der Öffentlichkeit zuträglich ist, darf bezweifelt werden.

Von mindestens zwei Mitgliedern weiß ich, denen ein Herr Eck die Übernahme von Reisekosten und Übernachtung durch den Bundesverband versprach, wenn sie denn nur kommen würden - und ihre Stimme ihm geben. Da gibt sich aber jemand alle Mühe der Welt, sein Pöstchen zu behalten. Und wer nicht „spurt“, darf gehen: Andrea Müller-Epp ausgetreten. Detlev Döbele ausgetreten. Die Liste der Engagierten, Fähigen und Loyalen (den Mitgliedern gegenüber, die sie ins Amt wählten) Funktionsträger, die ihre Aufgabe ernst nahmen und austraten oder entnervt ihre Ämter viel zu früh zur Verfügung stellten, ist lang. Wie lange bleibt der Rest? Ach, ich habe fast vergessen, dass es Herr Eck war, der immer wieder betonte, dass es ihm letztlich egal sei, wie viele die Partei verlassen würden. Hauptsache, die 'Störer' seien weg. Wer 'Störer' ist, bestimmt natürlich er und ein einiger BuVo nickt beflissen ab.

Noch wäre Zeit, sich von dem autokratischen Treiben eines Einzelnen und seinem Gefolge zu distanzieren und zur Politik zurückzukehren. Eine Weile mag es so noch funktionieren, sich mit immer drastischeren Methoden von den Mitgliedern abzuschotten, um eine imaginäre Macht zu verteidigen, wie zum Beispiel mittels einer Satzung, die einem Bundesvorstand unkontrollierbar alle Mittel von Sanktionen und Beeinflussung in die Hand gibt, die Mitgliedschaft und deren demokratisch gewählte Organe aber nahezu vollständig entmündigt.

Da wird doch allen Ernstes und bar jeder Scham der Antrag gestellt, der Satzung zuzustimmen, um sie dann im Anschluss gleich an die Satzungskommission zu überweisen. Im Klartext ist das ein Eingeständnis, dass die Satzung mehr als fehlerhaft ist, also unbrauchbar. Zumindest unter demokratischen Gesichtspunkten. Das soll dann eine Satzungskommission richten, deren Mitglieder laut Satzung (in Reparatur) von denjenigen bestimmt werden, die diesen letzten Satzungsentwurf verbrochen haben. Für wie bescheuert hält uns dieser schwebend unwirksame BuVo eigentlich? Das ist im Übrigen genau der Antrag, den der LaVo, besser, der LV NRW im Auftrag Eck stellen sollte, was der gewählte LaVo nicht zuließ. Dann wird eben ein anderer LaVo beauftragt. Wäre nur gut, hätte dieser vorher die Satzung oder den Berliner Antrag gelesen. Oder doch besser nicht? Weil da fest verankert werden soll, dass es ganz einfach sein wird, Kritiker erst mundtot zu machen und dann geräuschlos zu 'entsorgen'? Aber zurück zur Ignoranz:

Obwohl das Landgericht eindeutig urteilte, weigert sich das so genannte Präsidium auch weiterhin hartnäckig, das Urteil des LG Berlin in seiner Konsequenz anzuerkennen. Wer meint, über dem Recht zu stehen, hat den Bodenkontakt gründlich verloren. Das nur nebenbei. Schlimmer:

Ein merkwürdiges Schreiben des Bundesvorstands, von dem allerdings kaum jemand dieses BuVo etwas wusste, erreichte alle Mitglieder des Landesverbands Berlin an einem Freitag drei Tage vor der Mitgliederversammlung des LV Berlin am nachfolgenden Montag, also exakt so platziert, dass der verleumdete Landesvorstand nicht mehr antworten konnte. Das reichlich niveaulose Geschmiere bezichtigte den Landesvorstand mehrfach und sehr leicht zu widerlegen der Lüge, der Diffamierung. Weil dieses 'Schreiben' - aus gutem Grund - weitgehend unbekannt ist, habe ich es sicherheitshalber beigefügt. Als PDF, so, wie ich es bekam. Ein Rechtsklick mit der Maus fördert auch den/die Autor/in ans Licht: 'Binemaus'. Es wurde am Sonntag einer Telefonkonferenz verfasst mit dem Briefkopf der Bundesgeschäftsstelle. Der Bundesgeschäftsstelle I von III. 'Binemaus' ist möglicherweise Sabine Jedzig aus Treuen in Sachsen, häufig genutzter und weit entfernter Anlaufpunkt des S.B.Eck und eine der Geschäftsstellen (II?), was wiederum eine 'Dienstreise' vermuten lassen könnte. Möglicherweise. Vorsichtshalber. Unterzeichnet haben dieses Schreiben Barbara Nauheimer, Horst Wester und Stefan Eck. In Sachsen? Rundreise? Wir wissen es nicht. Artur Kalka erklärte dem staunenden Auditorium der Mitgliederversammlung auf Befragung, dass er dem Schreiben lediglich 'den letzten Schliff' gegeben habe. Rekapitulieren wir: erstellt möglicherweise in Sachsen, redigiert und 'rund geschliffen' mit Briefkopf der Bundesgeschäftsstelle (der einzig wahren...) von Artur Kalka in Berlin, und in Bayern und dem Saarland (oder doch und / oder auch) in Sachsen. Ziel: Spaltung des LV Berlin, Verunsicherung der Mitglieder, Diffamierung und Herabwürdigung des gewählten Landesvorstands. Mittel: alle, bis hin zu dreisten Lügen. Also wie gewohnt.

Auf der Mitgliederversammlung räumte dann auch Herr Kalka ein, dass meist die relevanten Entscheidungen vom 'Präsidium' der Partei im BV getroffen würden und ja, dass sich an dieser 'Praxis' nicht viel geändert habe, aber dass man sich ab und an schon mal die Expertise eines Beisitzers hinzuziehen würde. Wozu denn dann Beisitzer, wenn die 'Musik' wie eh und je im 'Kammerorchester' spielt? Wozu denn dann ein aufgeblasener BVorst. dem sachdienliches Handeln bisher eher weniger nachzuweisen war?

In dem Schreiben wurde unter anderem behauptet, dass es kein Gerichtsurteil gegeben habe, da der BuVo seine Anträge auf Grund geringfügiger Verfahrensfehler zurück ziehen musste. Ach ja? Die Herren Kalka und Molitor waren zumindest sehr überrascht, zu hören, dass es nicht nur ein für den BuVo vernichtendes Urteil gab, sondern dieser BuVo auf Kosten der Partei auch noch in Berufung ging - trotz dringender Empfehlung des urteilenden Richters, dies wegen der besonderen Eindeutigkeit der Sachlage tunlichst zu unterlassen. Nein, es wurde Berufung eingelegt. Erst knapp vor Ablauf der auf Antrag der Klageseite verlängerten Einspruchsfrist ließ der BuVo die Anträge zurück ziehen. Extrakosten für den Berufungskläger Tierschutzpartei? Etwa 2.400,00 € Mitgliedergeld, insgesamt belief sich der Schaden dieses unnötigen Ausflugs vor Gericht knapp 8.500,00 €. Wenn ich jemanden ohne Aussicht auf Erfolg verklage und verliere und dann auch noch in die Berufung gehe ohne jede Erfolgsaussicht und das Handtuch werfe, wer ist denn dann Schuld am finanziellen Schaden? Nach Ansicht Ecks natürlich der zu Unrecht beklagte und das Rechtssystem. Ja nee, ist klar.

Es ist wie immer viel von Lüge, Diffamierung etc. die Rede, so auch in Auslassungen über eine Anzeige gegen S.B.Eck und andere aus allen rechtlichen Gründen von mir. Zwar schrieb die zuständige Staatsanwältin Hönow von 'Freispruch', das zu beurteilen ist zum Glück einzig Sache eines Gerichts. Es wurde aber schlicht kein Verfahren eröffnet. Als Antwort auf eine Beschwerde meinerseits antwortete der angeschriebene Generalstaatsanwalt schon deutlich differenzierter (Zitat):

"In dem angefochtenen Bescheid ist ausführlich und im Ergebnis zutreffend dargelegt, dass nach den durchgeführten Ermittlungen nicht mit der zur Erhebung einer öffentlichen Klage notwendigen Sicherheit davon ausgegangen werden kann, dass die Beschuldigten durch ihr vom Beschwerdeführer beanstandetes Verhalten den Straftatbestand einer vorsätzlichen Untreue zum Nachteil der Partei Mensch Umwelt Tierschutz verwirklicht haben"

Genau. Die Beweismittel reichten nicht aus, den Vorsatz ausreichend nachzuweisen. Ein Freispruch sieht aber ganz anders aus, meine Damen und Herren! Es geht also nicht darum, dass da nichts im Argen war, sondern lediglich darum, dass dieses im Argen liegende nicht für ein Strafverfahren ausreichte. Das dieser Bescheid gerne unter dem Teppich bleibt, liegt auf der Hand. Wer da gelogen hat?

Wir durften von Staatsanwältin Hönow erfahren, dass die Redaktion der Zeitenwende der Bundesgeschäftsstelle III (- ? - vielleicht doch in Sachsen? Nein, nach neuesten Erkenntnissen handelte es sich um die Mitgliederverwaltung Holst-Gericke, inzwischen gefeuert) angegliedert sei und diese den Vertrag mit Herrn Eck als Redakteur geschlossen habe - laut Aussage Eck. Allerdings ist der Arbeitsvertrag unterschrieben von Christine Engelschall und Barbara Nauheimer, beide nicht Redaktion Zeitenwende, schon gar nicht Bundesgeschäftsstelle III (?) - sondern Bundesvorstand, sondern ebenso Präsidium im Bundesvorstand wie Herr Eck selbst. Das aber ließ die Satzung zu der Zeit und bis heute ('alte Satzung') gar nicht zu. Aber wieder wird frech das In-sich-Geschäft abgestritten. Wer hat hier einmal mehr die gesamte Mitgliedschaft belogen? Ich nicht. Allerdings vertraute Staatsanwältin Hönow den Aussagen von Herrn Eck, Zeugen wurden keine (!) befragt, Dokumente nachweisbar nicht gelesen. Kann passieren. Aber Diffamierungen? Lügen? Bestimmt, nur eben nicht von uns.

An dieser Stelle möchte ich mich herzlich bei Frau Dr. Petra Kuppinger MA bedanken, ohne deren Engagement und Initiative diese Anzeige nie zustande gekommen wäre. Monatelang schickte sie mir unermüdlich Protokolle von BuVo-Sitzungen und Telefonkonferenzen, Links zu Eck- und TSP-kritischen Webseiten inklusive einer Laudatio Ecks vor der UL. Immer wieder drängte sie mich dazu, endlich Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt zu erstatten. Auslöser war die sehr dünne anonyme Anzeige, die noch immer gerne 'den Berlinern' untergeschoben wird. Immer wieder betonte sie, wie wichtig es sei, endlich 'diesen Eck' aus der Partei zu werfen, bevor er diese endgültig zu Grunde gerichtet hätte. Sie war es auch, die mich auf die offenbar gefälschten Emails im 'Tierrechtsblog' von Mitgliedern des BuVo aufmerksam machte mit zahlreichen Anspielungen, dass doch E-Mail-Accounts so leicht zu knacken wären. Als Frau Dr. Kuppinger erkennen musste, dass die Anzeige nicht den gewünschten Erfolg haben würde, änderte sie die Taktik, was sie in einem Gespräch mit dem

Vorstandsmitglied aus Rheinland-Pfalz, Bernd Meding, so erklärte: Wenn der (Eck) bleibt, muss ich halt mit ihm gehen. Und verriet prompt die Namen derjenigen Berliner, die am 31. BPT-Versuch teilnehmen wollten und die prompt mit Hausverbot belegt wurden. Man nannte das mal 'Wendehälse'. Wes Brot ich fress, des Hand ich küss'. Nun hat sie endlich auf Kosten der Partei ein Büro, das mit 1.200,00 € ausgestattet wurde. Marita Holst-Gericke musste dafür gehen. Wer aber dachte, dass nun alle Geschäftsstellen zu einer Vollzeit-Geschäftsstelle zusammen gefasst werden würden, irrt. Ecks privater Anlaufpunkt in Sachsen, Sabine Jedzig, bleibt mit einiger Sicherheit bezahlte Kraft und Reiseziel. Laut Aussage Kalka und Bestätigung durch Carsten Molitor wackelt Silvia Suchard Stuhl in Sulzbach bedenklich, man wolle sich aber im Hinblick auf ihre große Anhängerschaft nicht sofort von ihr trennen. Aber gleich nach dem Parteitag? Weil dann der oft Eck-kritische Günter Schuchardt gleich ebenfalls gehen würde? Und es eine neue Geschäftsstelle in Mainz (Kuppinger) geben könnte? Alles wird anders und bleibt, wie es ist. Drei (Kosten verursachende) Geschäftsstellen leistet sich die kleine Partei locker. Bis die Erbschaft, die letztlich die Parteifinancen retteten, aufgebraucht sind. Ach ja, angeblich könnte man ja mit weiteren Erbschaften rechnen (Applaus der Mitgliedschaft), die von ursprünglich um die 100.000,00 € von Parteitag zu Parteitag auf mittlerweile über 800.000,00 € gestiegen sind. Wir sind auf aktuelle Zahlen gespannt. Nur... Das pietätlose Winken mit nicht bestätigten Erbschaften noch lebender hat rein gar nichts mit sauberem Wirtschaften zu tun. Reisekosten Eck = drei Landeswahlkämpfe. Locker. Wir vermissen bis heute detaillierte Angaben zu Reisekosten der Vorstände.

Nun, Dr. Kuppingers Verhalten ist offenbar weder illoyal, noch die Partei schädigend, sondern sichert Geld und Posten. Ich bin mir sicher, die Teilnehmer am 32. BPT werden dieses BuVo-kompatible Verhalten mit stehenden Ovationen zu würdigen wissen. Wer jetzt wieder Lüge und Diffamierung plärrt, dem sei ins Stammbuch geschrieben: es ist alles belegbar. Wenn aus dem Verhalten anderer wieder von einer kleinen Elite Beschuldigungen gegen mich gedreht werden, werde ich zu gegebener Zeit dafür sorgen, dass sich ALLE Mitglieder der Partei über das komplette Material selbst ein Bild machen können. Ist Transparenz nicht das, was sie alle wollen?

Bisher wurde nicht ein Vorwurf aus den Bundesverbänden Berlin und Sachsen-Anhalt widerlegt. Es wurde nicht einmal Stellung bezogen. Wenn alles so falsch und aus der Luft gegriffen wäre, warum wurde nichts widerlegt? Einzige Reaktionen: Das sei Verleumdung, Lüge, Herabsetzung, Diffamierung und so weiter. Etwas anderes kam nie – und alle waren es zufrieden. Aber wir können nachweisen.

Zugegeben, es gibt schon eine große Gemeinsamkeit, die Stefan Bernhard Eck und ich insgeheim teilen: Wir wissen beide, dass ich, dass der Berliner Landesvorstand Recht hat, dass alle Anträge und Vorwürfe korrekt sind und sich eindeutig belegen lassen. Und dass diese tumben und plumpen Vorwürfe gegen die Mitglieder des LaVo Berlin, gegen Sabrina Bacholke, Martin Schumann und mich sowie gegen Familie Fassl und andere Informierte blanker Unsinn sind und sich durch nichts, aber auch rein gar nichts untermauern lassen. Und das er nahezu alles für sich, so gut wie nichts aber für die Partei tut und bewegt. Ich sage nur: A.K.T.E.

Im nächsten Punkt wird es schon spannender: auch wenn alle Beschlüsse und Wahlen angefochten seien, seien sie so lange wirksam, bis entweder Bundesschiedsgericht, öffentliche Gerichte oder der Parteitag diese für nichtig erklären, bzw. RÜCKWIRKEND AUFHEBEN würden- ja, ja, das höchste Gremium der Partei. Der klassische Versuch, Menschen ohne die nötigen Kenntnisse in Partei- und Vereinsrecht auf den Versuch einzuschwören, Judikative und Exekutive zu vermischen, zu verwechseln und gegeneinander auszutauschen. Aus gutem Grund sagt hier selbst das Grundgesetz ein klares NEIN und pocht auf Gewaltenteilung. Ist das vorsätzliche Täuschung der Mitglieder zur Vermeidung jeder sachlichen Behandlung der mehr als berechtigten, deshalb aber offenbar für den Bundesvorstand / S.B.Eck so gefährlichen Anträge vor den Gerichten? Oder Unwissenheit trotz 'Rechtsgutachten', die angeblich eingeholt worden sein sollen? Von wem auch immer? Ich weiß gerade nicht, was schlimmer wäre, unentschuldig ist beides für die Führung einer Partei. Davon abgesehen, dass Anträge nur von den Antragsstellern zurück genommen werden könnten. Wir warnen vor Missbräuchen, die unweigerlich und sofort zur erneuten Anfechtung führen werden.

Wir warnen vor dem Versuch, nach einer möglichen Wahl der neuen Satzung, diese noch auf dem Parteitag in Kraft zu setzen. Der Parteitag hat nach der Satzung geführt zu werden bis zu seinem Ende, nach der eingeladen wurde. Das schließt alle Wahlen mit ein. Schon in der Tagesordnung aber wird deutlich, dass der Modus des Parteitags noch während der Veranstaltung geändert werden soll durch Einsetzen der neuen Satzung ab sofort, was sich an den zu besetzenden Positionen - drei Bundesvorsitzende - ablesen lässt.

Sollte aber noch während des Parteitags der Satzungsmodus geändert werden, wird dies samt aller Wahlen und Beschlüsse, die nach der neuen Satzung auf dem 32. BPT durchgeführt und beschlossen werden, werden diese ohne Ausnahme angefochten. Da kann in der neuen Satzung stehen, was möchte. Jede rückwirkende Genehmigung von Gehältern, Vergütungen und anderer Beschlüsse wird angefochten. Die aktive Satzung gab und gibt bis zum heutigen Tage kein Gehalt Eck her, ob als 'Chefredakteur' einer 'ZeitenWENDE' oder als Vorsitzender oder als Hausmeister. Rückwirkende Änderungen an einer Satzung sind nicht möglich und würden angefochten werden. Rückwirkende Änderungen an Geschäftsordnung, Schiedsordnung, Finanzordnung oder anderer sind ebenfalls nicht möglich und heilen erst Recht keine Rechtsverstöße. Jede Ordnung ist Bestandteil der Satzung und nicht losgelöst von dieser zu behandeln. Hier wird den nicht mit Partei- und Vereinsrecht bewanderten Mitgliedern etwas vorgegaukelt, was nicht funktioniert. Wir haben deutlich genug darauf hingewiesen, sogar mehrfach. Sollte dies dennoch versucht werden, ist der Vorsatz ohne Wenn und Aber gegeben und dokumentiert.

Wir haben angeboten, mit ihren Rechtsberatern in Kontakt zu treten, um im Dialog alle unklaren Punkte gemeinsam zu klären, uns gegebenenfalls belehren zu lassen. Damit haben wir kein Problem. Reaktion? Natürlich keine. Damit das Feindbild stimmt von den angeblichen 'Schädlingen'.

Daraus folgt, dass zum Ersten die alte Satzung nach wie vor aktiv ist bis zum Ende des

32. BPT auch bleibt, wenn dort satzungsgerecht und korrekt erneut über den vorgelegten Satzungsentwurf abgestimmt wird. Aber offenbar ist die aktuelle Planung eine andere: die anwesenden Mitglieder an Stelle der beauftragten Bundesschiedsgerichte abstimmen zu lassen (interessanter Versuch, keine Frage), um dann mit neuer Satzung weiterzumachen, als sei nichts gewesen. Das aber wird so nicht funktionieren. Wenn jetzt wieder Satzungsbrüche und Verstöße gegen die Ordnung der Partei auch den 32. BPT in die Anfechtung treiben, dann steht allerdings die Teilnahme an der Europawahl auf dem Spiel. Das sollte sich auch der BuVo gut überlegen.

Geradezu aberwitzig ist der Versuch, in dem mit den Berliner Anträgen verschickten 'Anschreiben', die neue Satzung als basisdemokratisch und der Transparenz dienlich zu verkaufen. Transparenz nur mit der Einschränkung, dass diejenigen, die die Satzung oder den Satzungsantrag tatsächlich lesen, feststellen werden, dass in Zukunft alle Macht vom Vorstand ausgehen soll, dass dieser unter Umgehung eines Bundesschiedsgericht Maßnahmen ergreifen und sie verlängern darf, auch wenn das Bundesschiedsgericht diese ablehnt. Wozu denn dann ein Bundesschiedsgericht? Um weitere vergütete Anreize zu schaffen? Wozu dann das Bundesschiedsgericht mit der Möglichkeit ausstatten, selbst zu entscheiden, wer für deren Anrufung bezahlen muss und wer nicht? Das meint, die Hinzuziehung von Rechtsvertretern zu verbieten? Obwohl klar ist, dass Rechtsanwälte der Schweigepflicht unterliegen und somit keine Öffentlichkeit hergestellt ist? Weil der Bundesvorstand auf 'parteieigene' Rechtsbeistände zurückgreifen darf? Warum haben die Mitglieder kein Recht, einen die Partei schädigenden Bundesvorstand in die Wüste zu schicken, während der Bundesvorstand Organe der Partei, die stören, beliebig mit Maßnahmen überziehen kann? Der Bundesvorstand stellt die Pyramide auf den Kopf und verwechselt geflissentlich Basisdemokratie mit Autokratie.

Im Begleitschreiben zu den Berliner Anträgen wird munter drauflos gelogen, was das Zeug hält: Da weisen sie selbstkontrahierende Geschäfte (In-sich-Geschäfte) zurück, auch wenn wir nur eins meinen, das Gehalt Eck. Nachweislich ein Geschäft innerhalb des Präsidiums der Partei, klassischer geht es nicht. Die Erhöhung der Spendenbereitschaft? Genau. Bestes Beispiel Herr Eck: nicht rechtmäßig zustande gekommenes Gehalt, das bis zu seiner zufälligen Entdeckung durch eine 'Fehlbuchung' vor den Mitgliedern geheim gehalten wurde. 6.000,00 € Rückspende wurde als Zusage Ecks protokollarisch festgehalten. Nachweislich eingegangen ist der Betrag nicht. Wie viel darf es denn sein, damit ein wenig zurück gespendet wird? Familie und Freunde hätten für Sie zurück gespendet? Sicher.

Dann haben Sie die Frechheit, von Auseinandersetzungen mit dem LV Berlin im Bezug auf Kosten für einen Rechtsstreit zu sprechen, obwohl Sie, Herr Eck, höchstpersönlich den Rechtsstreit ohne Not gegen Vorstandsmitglieder des LV Berlin lostraten und selbst dann stur auf Berufung bestanden, obwohl der urteilende Richter mehrmals geduldig darauf hinwies, dass durch die Eindeutigkeit der Sachlage eine solche nie und nimmer zu gewinnen wäre. Den auch in den Augen des Richters absurd hohen Streitwert haben Sie festlegen lassen, nicht wir.

An den Problemen mit dem Steuerbüro Latzl trägt ein Großteil des 'amtierenden' und im ehemaligen Bundesvorstand tätigen Personals sehr wohl Mitschuld. Die Probleme sind lange bekannt. Aber als das Steuerbüro Latzl zur Disposition stand, durfte Christine Engelschall, damals Schatzmeisterin, damit drohen, das sie ihr Amt niederlegen und die Partei verlassen würde, würde der Kanzlei Latzl das Mandat entzogen. Was für eine umfassende Reform soll das denn sein? Ein neuer kommissarischer Leiter? Eine neue Steuerkanzlei? Endlich eine externe, also neutrale?

Seit wann entscheidet der Bundesvorstand denn als 'Kollektiv'? Warum wurden so viele Entscheidungen im 'Präsidium' und jeweils passenden Zirkeln getroffen, dass oft genug 'einfache' Mitglieder des Bundesvorstands nicht involviert, nicht informiert waren? Aber richtig ist, dass alle Mitglieder gemeint sind, wenn wir den Vorsitzenden angreifen, weil sie das zugelassen haben, was zum aktuellen Chaos geführt hat. Weil sie mitgemacht haben beim Versuch, Michael Bode aus dem Amt zu mobben wegen einiger Treffen mit dem erfolgreichsten Politiker der Partei, mit Josef Fassl. Weil immer wieder Mitglieder des BuVo unter Druck gesetzt, vom 'Kollektiv' vor ein Tribunal gestellt wurden in Telefonkonferenzen. Weil sie nicht alles mitmachen wollten, weil ihr Landesverband eigene Kandidaten aufstellte, weil sie kritische Fragen und Anträge unterstützten, die nicht 'auf 'Linie' waren.

Richtig ist hingegen, dass der vorliegende Satzungsentwurf den gesetzlichen Rahmen voll ausschöpft. Nur leider wird einmal mehr das Wohl der Partei, um den es in dieser Satzung mit keiner Zeile geht, mit dem einseitigen Wohl eines übermächtigen BuVo vertauscht, getreu dem Motto: 'das merkt ja keiner!' Sie wissen nur zu gut, dass sie lediglich noch durch das Schüren des Hasses gegen den LV Berlin und den LV Sachsen-Anhalt Mehrheiten gewinnen können.

Transparenz. Na klar. Finanzkommission: Mitglieder ernennt und entlässt? Der Bundesvorstand! Die Satzungs- und Programmkommission: Mitglieder ernennt und entlässt? Der Bundesvorstand! Die Antragskommission: Mitglieder ernennt und entlässt? Der Bundesvorstand! Wahrlich demokratisch. Und auch für den BuVo auf peinliche Weise transparent. Entschuldigung: durchsichtig. Der Rat der Landesvorsitzenden. Netter Versuch, aber auch hier ist die Dominanz des BuVo nicht zu verbergen. Es könnte was werden, wenn kein Mitglied des Rates der Landesverbände im Bundesvorstand sein dürfte. Was nicht viel ändern würde, wenn ich die LVs betrachte, die aus kaum mehr als dem Landesvorstand bestehen. Nach 20 Jahren Partei Mensch Umwelt Tierschutz! Wann hatte doch gleich der LV Saarland das letzte Mal an Wahlen teilgenommen?

Die Aussage, dass ich mit meinen Auffassungen und Standpunkten keine Mehrheit gebildet habe, ist entlarvend: Es gab nie eine Chance, meine Auffassungen und Standpunkte gegenüber der gesamten Mitgliedschaft zu äußern, während der gut geschmierte Propagandaapparat des Bundesvorsitzenden per E-Mail, Post und in unzähligen Telefonaten nicht nur wehleidig die eigenen vertrat und sich selbst in den Himmel hob. Aus gutem Grund wurde jede Möglichkeit unterbunden, meine / unsere Standpunkte zu erklären und zu verteidigen. Stattdessen wurde weinerlich von denen über angebliche Diffamierungen geklagt, die selbst kübelweise Dreck über alle gossen,

die sich der gewünschten Haltung nicht unterordnen wollten. So viel zum Thema Transparenz. Oder Demokratie.

In einem weiteren Schreiben faseln Sie etwas von einer 'Antragskommission'. Die aber gibt es bis heute nicht, da auch dieser Beschluss angefochten war. Da spielen sie Demokratie, in dem Sie die Anfechtungen scheinbar anerkennen und Beschlüsse zu Ereignissen (Bundestagswahl) erneuern lassen, die Vergangenheit sind, tun aber so, als gelte das für die Installation einer Antragskommission (zur Unterdrückung rechtmäßiger Anträge) nicht. Und wenn denn einer Antragskommission zugestimmt werden sollte, können Sie versichert sein, dass das Manipulieren von Anträgen und deren Begründungen ('Bearbeitung' von Anträgen) nicht unwidersprochen bleiben wird. Ach ja, sicherheitshalber ist die Erneuerung eines Beschlusses zur Installation einer Antragskommission nicht vorgesehen und soll mit der Satzung 'durchgewunken' werden. Während noch im Herbst Herr Kalka als 'Satzungskommission' alle Berliner Anträge mit durchaus lustigen Begründungen verwarf, zeichnen diesmal Bettina Jung und Bernd Mallon? Haben wir da was versäumt?

Um aber den eher unfreiwillig komischen 'Ergänzungsanträgen' einiger LVs (auch Saarland, wie lustig) den Anstrich besonderer Stichhaltigkeit zu geben, bekommen die das Prädikat 'von der Antragskommission empfohlen!'. Was für ein Schwachsinn. Bewusstes Täuschen der Mitglieder zur Stimmungsmache, wohl wissend, dass es aktuell keine Antragskommission gibt.

Und seit wann entscheiden Mitglieder aus einer Position über Satzung und Gesetz stehend? Seit wann kann eine Mehrheit Satzungsbrüche legitimieren und sich gegen die eigene Satzung und gesetzliche Bestimmungen hinweg setzen? Nur, weil sie dazu aufgefordert wird? Macht das den Versuch besser?

Noch einmal: ich äußere hier meine Meinung, aber auf der Grundlage mehrfacher unabhängiger Rechtsberatung, aufwendiger Recherche und eigener Kenntnisse. Was ist so schwer daran zu verstehen, dass es sich in Berlin nicht um 'Täter' handelt, sondern um engagierte Mitglieder, die wieder stolz auf 'ihre' Partei sein wollen, um erfolgreich Mitglieder und Wähler gewinnen zu können? Bis zum heutigen Tag habe ich in keinem Punkt auch nur den Ansatz einer Argumentation finden können, sondern lediglich die alten 'Kamellen' von Diffamierungen, Meinungen, Standpunkten etc. Im Gegenteil: heimlich, still und leise hat der BuVo alle positiven Ansätze und einen guten Teil der Berliner Forderungen sich zu Eigen gemacht und in Satzung und Ordnungen einfließen lassen. Sie haben nicht wenig von uns Berliner gelernt und übernommen, aber das Parteiausschlussverfahren wird natürlich aufrechterhalten. Was für eine verquere Logik.

Glauben Sie wirklich, dass die praktizierte Art des Laissez-Faire im Umgang mit Satzungen und Regelungen die Partei Mensch Umwelt Tierschutz nach vorne bringt? Das Unterdrücken von Meinung, das Blockieren einer Gegendarstellung? Das Unterdrücken von Anträgen mit haarsträubenden Erklärungen? Das 'entfernen' von Kritikern in der Vergangenheit und aktuell? Sie schwadronieren allen Ernstes von Transparenzgebot, wenn es Landesvorständen noch nicht einmal möglich ist, aktuelle Mitgliederzahlen, LAVO-BUVO-Listen, Kontoblätter etc. zu erhalten?

Mit großem Interesse habe ich noch einmal die betont sachliche und fundiert in einem offenen Brief vorgetragene Kritik des Peter Barczik vom 08.12.2011 gelesen, aktuell wie gestern geschrieben. Nichts hat sich seither geändert: noch immer wird nicht eine Kritik beantwortet, noch immer gibt es keinerlei Einlassungen zu Sache, keine Entkräftung, keine inhaltliche Auseinandersetzung. Noch immer wird mit leeren Worthülsen geantwortet, wie sie schon im Antwortschreiben des Herrn Wester abgeleiert werden (Zitat):

In einer demokratischen Partei ist es unabdingbar, dass Mitglieder und Funktionsträger ihre Meinung einbringen und Kritik kundtun. Doch es sollte sich dabei um eine konstruktive Kritik handeln, die in ihrer Substanz dazu geeignet ist, die Partei voranzubringen. Das sehen wir in dem vorliegenden „Offenen Brief“ leider nicht. Dieser Brief zielt lediglich darauf ab, den mit deutlicher Mehrheit von der Parteibasis gewählten Bundesvorstand zu diskreditieren. Die haltlosen Vorwürfe und Unterstellungen sind weder geeignet, den Parteifrieden zu fördern, noch dienen sie dem Ziel, die Popularität unserer Partei zu vergrößern.

Blablablupp. Dasselbe Geschwurbel, das auch heute noch jede geäußerte Kritik absaufen lassen soll.

Sachliche Kritik zu üben setzt auch voraus, sich umfassend über Sachverhalte zu informieren und auch im persönlichen Gespräch die „andere Seite“ und deren Standpunkte und Beweggründe kennenzulernen, um sich selbst ein möglichst detailliertes Bild zu schaffen. Unwillkürlich entsteht aus einem solchen Vorgehen eine konstruktive und aktive Mitarbeit, was den seriösen Kritiker vom Kritiker, dem Kritik zum Selbstzweck wird, unterscheidet. Wir waren und sind für offene Gespräche immer bereit!

Ab wann darf man hoffen? Wer wird denn in eine der BuVo-Kommissionen gewählt / eingesetzt? Kritiker? Oder doch lieber die Linientreuen, die sich dafür aber nicht unbedingt durch den nötigen Sachverstand auszeichnen müssen? Bisher hat dieser und der vorige Bundesvorstand noch nicht bewiesen, dass er Kritik aushalten kann, da er selbst immer sehr schnell zu bezeichnen weiß, was seriöse Kritik ist und was Diffamierung.

Der Bundesvorstand, im Besonderen die namentlich angegriffenen Personen, werden sich zu den einzelnen Kritikpunkten in dem „Offenen Brief“ nicht weiter äußern, denn eine schriftliche Auseinandersetzung über die E-Mail-Verteiler ist nicht geeignet, Klarheit in die angesprochenen Sachverhalte zu bringen und den Parteifrieden zu fördern.

Herr Barczik wartet bis heute auf eine inhaltliche Auseinandersetzung mit seiner Kritik.

Gut, das Sie bereits im Vorfeld darauf hinweisen, dass wir uns – natürlich – in unserer Argumentation nicht Partei schädigend verhalten dürfen – was natürlich diejenigen bestimmen, gegen die Kritik gerichtet sein könnte. Amtsenthebung, das übliche

Procedere. Und, diese Frage stelle ich ganz persönlich, was meinen Sie, wenn Sie schreiben (Zitat):

„Aber wir werden uns mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zum Wohle der Partei und im Sinne der Demokratie innerhalb der Partei zur Wehr setzen...“

Verständnisfrage: Meinen Sie damit im Sinne dieser Partei oder einer Partei? Das erschließt sich mir im Moment nicht. Zur Wehr setzen werden wir uns allerdings auch. Auch wenn wir nicht eine Parteikasse zur Durchführung sinnloser Prozesse im Rücken haben. Aber dafür jede Menge hoch qualifizierten juristischen Beistand, unabhängig, unbestechlich und in ständigem Kontakt zu uns.

Wir werden wie immer zum Parteitag kommen ohne jede Absicht, zu stören. Wir werden aber sehr wohl mit der Absicht am 32. BPT teilnehmen, die Interessen des LV Berlin und aller anderen nicht oder falsch informierten Mitglieder zu vertreten, unsere Positionen - zum Wohle der Partei - deutlich zu machen und genau zu beobachten, wie ernst Sie es meinen mit Demokratie und Transparenz. Oder Ihrer eigenwilligen Interpretation. Wir werden genau registrieren, ob wieder Satzung und Recht mehr als freizügig interpretiert und uminterpretiert werden. Wir werden den BuVo an seinen Taten messen und nicht an seinen blumigen Versprechungen, den dieser Bundesvorstand hat abgewirtschaftet.

Und da wir wissen, dass Sie ohne Hemmungen von ihrem unbegrenzten Rederecht Gebrauch machen, unsere Redezeit nach Möglichkeit aber einschränken oder beschneiden werden, müssen wir eben den Weg eines Rundschreibens an alle Kolleginnen und Kollegen wählen, um überhaupt das Gehör zu bekommen, das uns unzweifelhaft zusteht.

Dieses Schreiben wird übrigens neben dem Versand über E-Mails auch per Post den Weg zu Ihnen finden, da der Verdacht besteht, dass unter Umständen Mails von uns, die an Adressen mit der Endung *@tierschutzpartei.de gesendet werden, ihre Empfänger möglicherweise nicht erreichen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Rüdiger Juchacz'. The signature is fluid and cursive, with a large initial 'R' and a long, sweeping underline.

Michael Marx,

Landesvorsitzender LV Berlin

Telefon 030 / 77 00 89 12

P.S.: Ich wende mich an alle Landesvorstände, die sich noch daran erinnern, dass sie nach bestem Wissen und Gewissen von den Mitgliedern ihrer Landesverbände gewählt wurden – auch mit dem Auftrag, Schaden von Partei und ihren Landesverbänden abzuweisen. Berlin nimmt diese Aufgabe sehr ernst. Wir genehmigen uns keine Aufwandsentschädigungen, keine Büroräume, nutzen alle eigene Computer und berechnen ausschließlich Verbrauchsmaterial. Wir belügen unsere Mitglieder und Wähler nicht. Wir arbeiten ehrenamtlich daran, für eine transparente, offene, tolerante, streitbare, demokratische, interessante und – vor allen Dingen – wählbare Partei zum Wohle von Mensch Umwelt und Tier zu kämpfen. Vielleicht sollten Sie sich auch wieder auf Ihren Auftrag zurück besinnen.

P.P.S.: Eine Frage noch. Soll da wirklich ein Kandidat für den BuVo aufgestellt worden sein, der sechs Jahre lang Mitglied der NPD war? Und jetzt 'geläutert' zum Wohl der Tiere antreten möchte? Nein, oder? Obwohl, real existierendes Demokratieverständnis...